



Eva Breitenfellner.

# Soziale Gerechtigkeit – bedarfsorientierte Mindestsicherung

Gesellschaftliche Veränderungen betreffen seit geraumer Zeit den Erwerbsmarkt.

Lag die Erwerbslosenrate bis Beginn der 1980er Jahre noch unter 3 Prozent (ca. 240.000 Menschen), so stieg sie in den folgenden drei Jahrzehnten auf fast das Doppelte (ca. 450.000 Betroffene).

Im 20. Jahrhundert sicherte ein „normales“ Arbeitsverhältnis (vollzeitige und kontinuierliche) die materielle Existenz des Erwerbstätigen und seiner Familie.

In den letzten zehn Jahren nahmen die atypischen Beschäftigungsformen wie Teilzeit-, Leiharbeit, befristete und geringfügige Beschäftigte, freie Dienstverhältnisse und neue Selbstständige zu. Teilzeitarbeit ist dabei die verbreitetste Form – über eine Million Menschen. Mehr als 40 Prozent der Frauen arbeiten Teilzeit, womit die Ungleichheit bei den Arbeits- und Einkommensbedingungen größer geworden ist.

Niedrige Einkommen haben zum Teil nicht mehr Existenz sichernde Leistungen zur Folge, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Pension oder generell kein Anspruch auf eine derartige Leistung.

Dem gegenüber stehen Einkommen aus Gewinnen und Vermögen, die in den letzten 20 Jah-

ren beträchtlich stärker als Löhne und Gehälter gestiegen sind.

Zu den Konsequenzen der angeführten Veränderungen zählen Verarmung und Ausgrenzung, gut ein Zehntel der österreichischen Bevölkerung sind davon betroffen.

Die Zahl der Unterstützten mit Mindestsicherungseinkommen ist sprunghaft angestiegen, bedingt durch die Zunahme atypischer Beschäftigungen.

Mit dem Bezug einer Mindestsicherung (als Maßstab für die Höhe wurde der Ausgleichszulagenrichtsatz herangezogen) ist unter anderem die Unterstützung des AMS zum Wiedereinstieg in den Erwerbsmarkt verbunden. Sozialminister Hundstorfer sprach von einer „arbeitsmarktpolitischen Erfolgsgeschichte“. Seit Einführung sind von den 92.000 beim AMS gemeldeten Mindestsicherungsbeziehern annähernd 33.000 in den Arbeitsprozess eingegliedert worden.

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist daher als ein erster und richtiger Schritt in Richtung mehr sozialer Gerechtigkeit zu begrüßen.



## INFO

Eva Breitenfellner ist Landessozialreferentin des Pensionistenverbandes Oberösterreich.